

WIRTSCHAFT AN DER KETTE

Norbert Berthold

Deutschland hat wirtschaftliche Probleme, gewaltige sogar und das nicht erst seit heute. Wer das leugnet, ist ein Narr oder Politiker. Kein Monat vergeht, an dem die Arbeitslosigkeit nicht auch offiziell immer neue Rekorde erreicht. Die Systeme der sozialen Sicherung torkeln am Rande des finanziellen Abgrundes. Kein Finanzminister im Bund und den Ländern kann sicher sein, nicht morgen in ein Haushaltsloch zu stolpern. Die ganze Misere spiegelt sich wie in einem Brennglas in einem anhaltend niedrigen Wachstum. Seit Mitte der 90er Jahre trägt Deutschland unter den wirtschaftlich wichtigsten Ländern die rote Laterne. Das ist nicht nur ökonomisch gefährlich, es wird auch das politische Gefüge erschüttern.

Wirtschaftspolitische Reformen mogeln sich an den wahren Ursachen der Krise vorbei. Noch immer vermuten weite Teile der Politik, das international mobile Kapital zwingt Deutschland wirtschaftlich in die Knie. Vor allem die Unternehmer seien die Bösewichte, unpatriotisch zumindest, viele von ihnen auch vaterlandslose Gesellen. Sich an die eigene Nase zu fassen und zu erkennen, dass die wirtschaftlichen Probleme hausgemacht sind, kommt nur wenigen in der Politik in den Sinn. Auch wenn die öffentliche Diskussion einen anderen Eindruck erweckt, Deutschland leidet nicht unter zuviel Wettbewerb. Es ächzt unter zuviel staatlichem Dirigismus und zu wenig wirtschaftlicher Freiheit. Damit bleibt es wirtschaftlich weit unter seinen Möglichkeiten.

SCHIEDSRICHTER, NICHT MITSPIELER

Spätestens seit dem Fall des eisernen Vorhangs weiß die Welt, wir Deutsche endgültig seit der Wiedervereinigung, marktwirtschaftliche sind planwirtschaftlichen Ordnungen überlegen. Allerdings zeigt die Diskussion um Heuschrecken, das war noch lange nicht das Ende der Geschichte. Damit ist auch die Hoffnung verfliegen, die individuelle Freiheit würde gegenüber kollektiven Entscheidungen ein für alle Mal die Oberhand behalten. Der Kampf gegen kollektiven Zwang und für mehr individuelle Freiheit bleibt eine ständige Aufgabe. Die Erfahrung zeigt, nur wer ihn gewinnt, kann auf einen höheren materiellen Wohlstand hoffen.

Eines wissen Ordnungspolitiker allerdings auch: der Markt bringt nur gute Ergebnisse, wenn er in einem adäquaten ordnungspolitischen Rahmen agiert. Der Schutz des Privateigentums und ein ungehinderter Zugang zu den Märkten sind Kernelemente solcher ordnungspolitischen Leitplanken. Das alles erfordert aber keinen schwachen, es macht einen starken Staat notwendig. Der muss sich allerdings als Regelsetzer profilieren. Und genau hieran mangelt es in Deutschland seit langem. Der Staat agiert weniger als Schiedsrichter, er versucht sich immer wieder als Mitspieler im wirtschaftlichen Geschehen zu profilieren. Das kann nicht gut gehen und es geht seit langem auch nicht gut.

VERLUST AN WIRTSCHAFTLICHER FREIHEIT

Die vielen Indizes der wirtschaftlichen Freiheit, wie etwa der Index des kanadischen Fraser-Instituts, zeigen allesamt, der stetige wirtschaftliche Abstieg Deutschlands geht einher mit weniger wirtschaftlicher Freiheit und mehr staatlichem Zwang. Trotz Globalisierung wuchert hierzulande der Staat weiter, der Schutz privater Eigentumsrechte wird zusehends löchriger, Regulierungen werden immer dichter und undurchlässiger, die Bürokratien immer allgegenwärtiger und dreister. Bei einer Staatsquote von fast 60 % des Volkseinkommens ist Deutschland dem Sozialismus inzwischen näher als der Marktwirtschaft.

Ein dichtes Netz regulierender Eingriffe und Bürokratien macht den Staat immer mehr zum Verhinderer privater wirtschaftlicher Aktivitäten. Durch die hohen Belastungen mit Steuern und Abgaben wird er auch zum Abzocker. Der hohe Steuer- und Abgabenkeil ist Gift für Wachstum und Beschäftigung. Damit aber nicht genug. Der Staat agiert zunehmend als

harter, unfairer Konkurrent privater Unternehmen. Nicht nur die Liste staatlicher Unternehmen ist ellenlang, mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik setzt er vor allem auch dem Mittelstand schwer zu. Die Planwirtschaft ist in Deutschland auf dem Vormarsch, trotz Globalisierung.

MISSTRAUEN GEGEN WETTBEWERB

Der Staat muss allerdings in einer sozialen Marktwirtschaft mehr sein als nur Regelsetzer. Da der Markt zwar effizient aber nicht immer gerecht ist, kommt dem Staat die Aufgabe zu, für „soziale Gerechtigkeit“ zu sorgen. Die kann er allerdings auch erfüllen, indem er nicht nur Geld umverteilt, das ihm nicht gehört. Spätestens seit Walter Eucken wissen wir, mehr Gerechtigkeit kann auch erreicht werden, wenn die Bildung von Einkommen den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung unterworfen werden. Bei richtiger Wahl der Instrumente kann der Zielkonflikt zwischen Allokation und Verteilung entschärft werden.

Diesen ordnungspolitischen Weg geht die Politik allerdings nicht. Sie setzt auf Umverteilung mit Geld und Regulierungen, beschränkt sich nicht auf wirklich Bedürftige und hilft denen in Not auch nicht, sich selbst zu helfen. Aus wahltaktischen Gründen konzentriert die Politik das umverteilungspolitische Instrumentarium auf die wählerstimmenstarke Mittelschicht. Umverteilt wird vor allem von den nicht ganz Reichen zu den nicht ganz Armen, von der linken in die rechte Tasche. Damit werden verteilungspolitische Ziele verfehlt, staatliche Aktivitäten ufern aus. Die finanziellen Lasten liegen wie Mehltau auf der wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Misstrauen gegen Markt und Wettbewerb wurzelt hierzulande allerdings tiefer. Der Glaube in den gerechten Staat ist ungebrochen. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt, dort wird die Basis der Einkommensverteilung gelegt. Er ist noch immer ein wettbewerblicher Ausnahmehereich. Die Angst vor ungezügelter Wettbewerb und wettbewerbscheuen Tarifpartnern halten die Politik davon ab, die Tarifautonomie wettbewerblicher zu gestalten. Dabei ist der Preis für das wettbewerbswidrige Verhalten des Tarifkartells für alle sichtbar hoch. Unternehmen gehen en masse Pleite, Arbeitsplätze verschwinden auf Dauer, die massenhafte Arbeitslosigkeit trifft Arbeitnehmer und Regionen unterschiedlich. Von mehr Gleichheit keine Spur.

BAZILLUS DER UNFREIHEIT

Der Bazillus von Unfreiheit und staatlicher Umverteilung dominiert auch die Systeme der sozialen Sicherung. Nach wie vor ist die große Mehrheit in der Politik der Meinung, die Bürger seien selbst nicht in der Lage, darüber zu entscheiden, wie sie ihr Einkommen über ihr Leben hinweg verteilen. Es nimmt nicht wunder, dass die Systeme der sozialen Sicherung allesamt noch auf staatlichem Zwang basieren, die individuelle Entscheidungsfreiheit auf ein Minimum beschränkt ist und die Finanzierung von der Hand in den Mund erfolgt, umlageorientiert eben. In diesen Systemen herrscht schiere Planwirtschaft, alle beuten alle aus, umverteilt zwischen Generationen wird nach Kassenlage. Schließlich haben die Deutschen eine ausgeprägte Präferenz für gleichwertige Lebensverhältnisse. Auch bei diesem interregionalen verteilungspolitischen Ziel setzt die Politik weniger auf Markt und Wettbewerb als auf finanzielle Transfers. Ein kooperativer fiskalischer Föderalismus lässt Ländern und Regionen kaum Spielraum für eigene politische Entscheidungen. Zentralistische Tendenzen dominieren, die vielfältigen Präferenzen der Bürger werden nicht erreicht, politische Verantwortung wird verwischt, Handlung und Haftung fallen auseinander. Ein ausgeprägter offener und heimlicher finanzieller Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Regionen ist das Wachstumshemmnis Nr. 1 in Deutschland.

MEHR MARKT UND WETTBEWERB

Was in Deutschland wirklich Not tut, liegt auf der Hand: Wir brauchen mehr Wettbewerb überall, auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich des Sozialen und auf dem Felde der föderalen Ordnung. Aus dem Arbeitsmarkt muss wieder ein Markt werden. Das Tarifkartell muss geknackt, betriebliche Bündnisse für Arbeit müssen legalisiert, ertragsabhängige Entlohnungen gefördert werden. Die Kanäle müssen endlich verstopft werden, über die es den Tarifpartnern mit Hilfe des Staates gelingt, beschäftigungspolitische Lasten auf Dritte abzuwälzen. Schließlich muss ein Niedriglohnsektor installiert werden, der geringqualifizierten Arbeitnehmern wieder eine Chance gibt, regulär beschäftigt zu werden.

Der Sozialstaat muss sich wieder auf sein Kerngeschäft konzentrieren. Die umlagefinanzierten staatlichen Zwangssysteme der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung müssen privatisiert werden. Aus der Arbeitslosenversicherung, die weiter eines staatlichen Rahmens bedarf,

muss wieder eine Versicherung werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss dezentraler organisiert werden, will sie die unterschiedlichen Probleme vor Ort lösen. Sie braucht mehr Wettbewerb durch Kommunen und private Anbieter. Von der Vorstellung einer zentralen staatlichen Grundsicherung sollten wir uns verabschieden, sie ist zu dezentralisieren. Die zentrale Solidarität ist die Vergangenheit, die lokale Solidarität die Zukunft.

Aber auch die föderale Ordnung muss wettbewerbler werden. Nur dann ist garantiert, dass die vielfältigen Präferenzen der Bürger besser getroffen werden. Das macht es notwendig, die Kompetenzen schneller zu entflechten, die finanzielle Autonomie von Bund, Länder und Gemeinden zu stärken und die Illusion gleichwertiger Lebensverhältnisse aufzugeben. Mehr wirtschaftliche Freiheit und weniger staatlicher Zwang ist das Gebot der Stunde.

Neu ist das allerdings nicht: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat dafür, dass ich dazu in der Lage bin“ (Ludwig Erhard).